

Rot und Gründlich
98

H.P. Muster

Beispielcard

6360 Baar

2/98

Lieber H.P.
Eigentlich wollte ich von meinen
Ferien zuhause in Zug keine
Postkarten verschicken,
aber weil die SGA eine
so schöne Postkartenserie
"Andere Zuges Ansichten"
herausgegeben hat (BESTELL-
TALON S. 19) habe ich meine
Absicht geändert.
Grüsse aus Zug E.M.

Abobeitrag

In dieser Nummer finden Sie den Einzahlungsschein auf S. 23 für den Abobeitrag 1998.

Zur Erinnerung: Das SGA-Bulletin finanziert sich alleine aus Abobeiträgen, Spenden und Mitgliederbeiträgen des Fördervereins. Vielen Dank für die Einzahlung.

P.S.: Aus technischen Gründen erhalten auch AbonnentInnen einen EZ, die Ihren Beitrag für 1998 schon bezahlt haben. Danke für Ihr Verständnis.

Die Redaktion

«Dudiaden?!»

Obwohl die Redaktion neuerdings über einen zeitgemässen Duden verfügt, konnten wir uns noch nicht auf eine flächendeckende Einführung im SGA-Bulletin einigen. Es sind in dieser Nummer beide Versionen zum Zuge gekommen.

Die Redaktion

NEU IN ZUG

«DONSCHTIGSBAR»

Eröffnung am Donnerstag, 13. August 1998, mit "Special guests"

Offen jeden Donnerstag, von 18.30 bis 23.30 Uhr

In der ZALT-Cafeteria am Bundesplatz in Zug
(im Jünglingsheim, vis-à-vis EPA)

Der Treffpunkt für Neugierige, für kulturell,
sozial und politisch interessierte Leute!

Ein Unternehmen der SGA



Inhaltsverzeichnis

Stadtratswahlen 98 «Nicht lange um den heissen Brei herumreden»	Seite 4
Kantonsrat «Ech ha Fröid...»	Seite 8
Angst vorm Streik Das Streikrecht gehört in die Verfassung	Seite 10
1. Mai in Luzern Wagenknecht und Eispickel	Seite 12
Filmkritik «Year of the Horse»/«Face»	Seite 13
Genschutz-initiative Kleine Kampagne ganz gross	Seite 14
Adressänderung Gehört die Chämleten zu Cham?	Seite 18
Schnüffeln aus Leidenschaft Zuger Wirtschaftskriminalität hausgemacht?	Seite 20
Sonntags-Initiative Initiative eingereicht	Seite 21
Regierungsrat Lösungen statt Sprüche	Seite 22
Frontal	Seite 23

Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

SGA-Bulletin Nr. 2/98

Juni 1998, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, c/o Martin Stuber, Bleichmattweg 5, 6300 Zug; Telefon: 7118633

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Belichtung und Druck:

ropress Zürich

Auflage: 1400

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

3/98: Redaktionsschluss Freitag, 28. August 98; Erscheinungsdatum: Freitag, 11. September 98

Ein heisser Sommer...

Zuviel Ozon? In diesem Sommer, der noch keiner war, habe ich noch nichts davon gehört. Ist unsere Sensibilität nur kurzzeitig, muss sie dauernd durch die Medien in Erinnerung gerufen werden, oder sind wir schlicht zu beschäftigt, um uns auch in diesem Sommer wieder mit dem leidigen Thema auseinander zu setzen? Ein heisser Sommer mit zuviel Ozon verursacht brennende Augen, Kopfweg und Atemnot. Dass in den kommenden Monaten auch andere Faktoren dazu beitragen werden, dürfte mit dem Wahljahr zu erklären sein.

Dass viele an kurzzeitigem Erinnerungsvermögen leiden, zeigt sich nämlich alle vier Jahre (kurz vor Sommerbeginn) vor den Wahlen wieder. Wählerinnen und Wähler, aber auch KandidatInnen werden gerne von diesem Virus befallen. Wie sonst ist die Wiederwahl (meist aller «Bisherigen») zu erklären? Welches Potential würden PolitikerInnen entwickeln, wenn Wählerinnen und Wähler auch während der Legislatur mehr Anteil am Politikalltag nehmen würden? Wenn wir für das, was wir «nichttun» und für das, was wir «tun», in Begegnungen und Gesprächen viel mehr Rechenschaft ablegen müssten? In den kommenden heissen Tagen, in der Badi oder im Strassencafé, beim Openair oder beim «Franzos im Ybrig», bietet sich die Gelegenheit zu solchen Begegnun-



gen. Das Ozon bleibt aber trotzdem - trotz Massnahmenplan Luft. Auf dem Papier haben wir schon einiges erreicht. Das handlungsorientierte Tun, das konsequente Verfolgen der Ziele ist Knochenarbeit. Dies muss in den Köpfen geschehen, verordnen allein genügt nicht. Sind nicht wir «grünen PolitikerInnen» besonders herausgefordert, dieses Thema immer wieder in die Diskussion zu bringen und in Taten umzusetzen? Ist eine gesunde Umwelt nicht auch ein grundsätzliches Menschenrecht?

Menschenrechte und Menschenwürde haben in der Schweiz, nach dem «Wir sind innert Tagen bereit» von Bundesrat Ogi, heisse Diskussionen ausgelöst. Da tränen mir die Augen (nicht vom Ozon). Muss sich die Armee mit solchen Aktionen bei den SchweizerInnen rechtfertigen?

Beweist dies die Notwendigkeit der Armee, oder zeigt nicht gerade diese menschenverachtende Haltung, dass die zwei GSoA-Initiativen (für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee und für einen freiwilligen Friedensdienst) die Zukunft sind? Erstaunlich ist, dass gerade in der Zeit der Aufarbeitung der Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg wieder solche Gedanken in verschiedenen Köpfen sind! Unglaublich wirken da Kampagnen gegen Rassismus, wenn SVP-, CVP- und FDP-Parteipräsidenten mit Ogi übereinstimmen.

Schang Hutter hat mit seiner Skulptur Shoah ein Zeichen gesetzt. Ein Zeichen gegen das Vergessen. Der Weg, den die Skulptur in der Zwischenzeit gegangen ist und noch weiter gehen wird, zeigt auf, dass Menschen bereit sind, die Vergangenheit nicht zu leugnen, das Langzeitgedächtnis zu aktivieren und die Zukunft menschenwürdig mit zu gestalten. Freuen wir uns auf die Tage, an denen die Shoah in Zug sein wird. Der heisse Sommer ist dann zwar vorbei, die Diskussionen werden aber weiterhin notwendig sein.

■ Anita Stadler-Bleicher

«Nicht lange um den heißen Brei herumreden»

Zwei engagierte Frauen, die in Zug schon einiges bewegt haben, wollen und werden dies auch weiterhin tun. Die der Mitgliederversammlung als Stadtratskandidatinnen vorgeschlagenen Anita Stadler (SGA) und Ivana Calovic (parteilos) beantworten auch unangenehme Fragen ohne Fettnäpfchenangst.

Das Interview führten Martin Stuber und Martin Bucher am 18. Mai

Bulletin: Was waren für Euch die markantesten Ereignisse der laufenden Legislaturperiode?

Ivana Calovic: Ein schöner Erfolg war die Öffnung des Bürgerasyls für die Öffentlichkeit - wie überhaupt die Seeufergestaltung, die nach langer, zäher Arbeit in etwa so herausgekommen ist, wie wir es uns gewünscht haben. Es wäre ein Unding gewesen, im Bürgerasyl Wohnungen reinzwingen zu wollen. Für mich ist die Seeufergestaltung der Beweis, dass eine Minderheit auch gegen eine zu Beginn übermächtig erscheinende Mehrheitsmeinung etwas ausrichten kann. (Vgl. SGA-Bulletin 1/98, Werdegang der Seeufergestaltung.) Eine zweite, einschneidende Erfahrung war unsere Motion bzgl. suboptimal besetzter Kaderstellen, die zwar abgelehnt wurde, aber im Nachhinein zu einigen Änderungen und frischem Wind im Bauamt geführt hat. Auch der von uns angestrebte Abgang des Stadtarchitekten Wagner dürfte in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Anita Stadler: Die PUK Waldheim war das wohl prägnanteste Erlebnis für mich. Es war eine gute Erfahrung, mit Leuten aus allen Parteien zusammen in fairer Art diese Aufgabe wahrzunehmen. Gefreut hat mich die Unterstützung der Stadt für das Tagesheim, wo die Stadt bis zu 75% der Kosten übernimmt. Das empfinde ich als wichtigen Markstein - die Erkenntnis der Notwendigkeit. Frustriert hat mich, dass beim Altersheim Neustadt die Zwei-



«Teilzeit für beide Geschlechter ist eine wichtige Voraussetzung für die Gleichberechtigung und eine gerechte Aufteilung der Erziehungs- und Hausarbeit.»
Bild Brigitte Weiss

teilung der Vorlage nicht gelungen ist und jetzt diese teuren Parkplätze im Untergeschoss gebaut werden. Ein trauriges Kapitel ist auch die fehlende Veloförderung in der Stadt, da geht wirklich praktisch nichts. Stichworte sind: Oberwil-Zug, Ost-West-Verbindungen, Postplatz etc.

Ivana Calovic: Das Altersheim Neustadt war auch für mich ein Frust: Dani und ich haben viel Arbeit investiert und sogar einige wichtige Verbesserungen erreicht - der Eingang ist jetzt am richtigen Ort, das Haus ist ein Geschoss tiefer, es gibt grössere Abstände etc., aber es ist trotzdem immer noch ein schlechtes Projekt. Vielleicht hätten wir es bleiben

lassen sollen und so angesichts der krassen Mängel bei der Abstimmung bessere Chancen gehabt. Für mich ein Frust: bezüglich Alternativenenergien läuft nichts, trotz aller Anregungen unsererseits und Gesprächen mit den massgeblichen Stellen.

Bulletin: Stichwort Alternativenergien - da lief bei der Doppelinitiative von SGA, SP und WWF auch nicht alles rund?

Anita Stadler: Ja, es ist traurig, dass bei der einen Initiative die Unterschriftenzahl nicht erreicht wurde. Es ist im Komitee «verlauert» worden, wir hätten da gleich am ersten Abstimmungswochenende nach der Lancierung die Unterschriften sammeln sollen, nachher harzte es. Das soll uns aber nicht wieder passieren.

Bulletin: Das führt zur Frage: was würde mit einer Stadträtin Stadler, mit einer Stadträtin Calovic ändern?

Anita Stadler: Allein die Tatsache, dass endlich eine Frau in dieses Gremium einzieht, wäre gut - damit die Männer nicht mehr unter sich sind. Ich fühle mich unabhängig und würde politisieren, ohne ständig auf die Wiederwahl in vier Jahren zu schielen.

Bulletin: Heisst das, Mut zu unpopulären Entscheiden?

Anita Stadler: Ja, wenn ich hinter dem Entscheid stehen kann. Ein Thema könnte das Kollegialprinzip sein. Ich kann mir schon vorstellen,

dass ich einen Mehrheitsentscheid, der meinen Überzeugungen absolut widerspricht, vor dem Rat nicht vertreten würde. Ich finde es unehrlich, gegen eigene Überzeugungen Dinge zu vertreten. Da sehe ich schon einen Unterschied zum heutigen Stadtrat.

Wichtig ist mir aber, das Menschliche mehr einzubringen. Hier würde mir mein Hintergrund helfen, die Erfahrung mit der Selbstverwaltung in der Steiner-Schule, die ich in den letzten 5 Jahren gemacht habe, welche sehr hohe Ansprüche an den Umgang mit Menschen stellt. Sich für eine Sache längerfristig einzusetzen, interessiert mich.

Ivana Calovic: Mir liegt daran, dass die Interessen, welche die PolitikerInnen real vertreten, offengelegt werden. Das ist heute oft nicht so. Die Interessen einer breiteren Bevölkerungsschicht werden zuwenig vertreten und geschützt. Es müssen aber alle Interessen berücksichtigt werden, deshalb bin ich ja auch parteilos.

Anita Stadler

38jährig, Mutter von 3 Jugendlichen. Seit 1994 ist Anita Administratorin und Koordinatorin der Rudolf Steiner Schule in Baar. In einer Schule mit chronisch knappen Finanzen kein leichtes Unterfangen. Das lässt sich auch sagen vom SGA-Parteisekretariat, das sie 1991 aufgebaut und 3 Jahre geleitet hat. 1987 trat Anita der SGA bei. Seither war sie Vorstandsmitglied SGA Kanton, Mitglied Schulkommission, Vorstandsmitglied SGA Stadt und Co-Präsidentin SGA Stadt. Seit 1996 ist Anita Mitglied des GGR und Präsidentin der Fraktion. Mitarbeit in Kommissionen, Komitees und der PUK Waldheim.

Bulletin: Hast Du das Gefühl, dass Du dies als SGA-Mitglied nicht mehr könntest?

Ivana Calovic: Als ich für die Kandidatur angefragt wurde, war mir klar, dass ich meine Unabhängigkeit zusammen mit euch leben kann. Diese für mich so wichtige Unabhängigkeit und die damit verbundene Offenheit und Vielfalt in der Politik ist wohl nur bei der SGA realisierbar, bei anderen Parteien sähe ich diese Möglichkeit nicht.

Bulletin: Wie geht ihr mit der Doppelbelastung Familie/Politik um?

Anita Stadler: Für mich wäre es keine zusätzliche Belastung, im Gegenteil! Ich könnte mich bei einer Wahl in den Stadtrat auf die Politik konzentrieren. Wir sind zuhause ein eingespieltes Team, ich könnte den grössten Teil meiner Haushaltstätigkeit abgeben. Unsere Kinder sind sehr selbständig und haben von klein auf mitbekommen, dass Mutter und Vater in der Erziehung gleichberechtigt sind. Dass es Konsequenzen hat, ist uns in der Familie klar.

Ivana Calovic: Es gibt so viele Frauen, die mit Doppel- und Dreifachbelastung leben! Ich bin ja erst kürzlich Mutter geworden und empfinde das als Ergänzung zum bisherigen Leben. Ich will mich nicht in Architektin, Stadträtin und Mutter aufspalten lassen, das gehört bei mir zusammen.

Bulletin: Es ist offen, welche Abteilung ihr bei einer Wahl in den Stadtrat übernehmen würdet - ein Problem für Euch?

Anita Stadler: Nein. Im GGR behandeln wir aus allen fünf Abteilungen Geschäfte, so dass ich da einen guten Einblick habe. Wichtig ist, die Fäden in den Händen zu halten und Leute um sich herum zu haben, die einen gut beraten. Wenn ich nicht das Gefühl hätte, dieses Amt - gleich

in welcher Abteilung! - ausüben zu können, würde ich nicht kandidieren!

Ivana Calovic: Es gibt in jedem Ressort Themen, die für uns wichtig sind, wo wir etwas in unserem Sinn für die Zukunft bewirken können.

Anita Stadler: Ausgehend von der momentanen Konstellation ist es so, dass das Bauamt und das Sozialamt zur Disposition stehen, da die drei bisherigen bürgerlichen Stadträte dem Vernehmen nach wenig Lust auf einen Wechsel haben. Da muss ich schon sagen, dass mir mit meinem Erfahrungshintergrund das Sozialamt besser liegen würde. Bei-



«Wichtig ist, die Fäden in den Händen zu halten und Leute um sich herum zu haben, die einen gut beraten.»

Bild Brigitte Weiss

spielsweise habe ich Arbeitslosigkeit in meiner eigenen Familie hautnah miterlebt, habe zudem ein arbeitsloses griechisches Ehepaar begleitet und kenne deshalb auch die Situation, wenn das Geld nicht mehr reicht.

Es ist ein Problem, dass die Arbeitslosen allein gelassen werden, der Staat zahlt einfach die Arbeitslosenunterstützung und das ist es

dann. V.a. längere Arbeitslosigkeit bereitet aber vielen enorme Probleme, sie nagt am Selbstvertrauen, die Menschen werden mit der Zeit hilflos. Da können Begleitpersonen eine Stütze bieten. Die Arbeitslosen müssen für die Behörden ein Gesicht bekommen. Ich denke, dass die Einführung einer Sozialkommission im GGR die Sensibilität für die Bedeutung dieser Frage auch bei den Bürgerlichen erhöhen würde. Stark machen würde ich mich für eine bessere Integration von ausländischen Jugendlichen, auch zusammen mit dem Schulamt. Und die Nachbarschaftshilfe sollten wir unbedingt wieder fördern, ich kenne da gute Beispiele aus Zürich. Dass der Stadtökologe auch dem Sozialamt unterstellt ist, macht die Aufgabe noch interessanter.

Bulletin: Damit hast Du aber die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschafft!

Anita Stadler: Richtig. Die Stadt hat hier auch eine Verantwortung. Wieso soll die Stadt bei Stellenausschreibungen nicht ganz gezielt schauen, ob Arbeitslose in Frage kommen. Ich denke hier besonders auch an ältere Arbeitslose - wobei aber die Privatwirtschaft ebenfalls in die Pflicht genommen werden muss. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, Stellen zu reduzieren, im Gegenteil, sie muss mit gutem Beispiel vorangehen. Das gilt insbesondere auch für Teilzeitstellen, sogar in Kaderpositionen. Da liegt noch einiges drin, und es entspricht dem Bedürfnis der städtischen Angestellten.

Bulletin: Ivana, Du siehst Dich auch im Sozialamt?

Ivana Calovic: (lacht) Wieso nicht? Mit meinem multikulturellen Hintergrund und auch mit meiner humanistischen Einstellung hätte ich

sicher gute Startbedingungen. Für das Bauamt spricht aber natürlich meine Ausbildung und meine leidenschaftliche Tätigkeit als Architektin.



«Für mich ist die Seeufergestaltung der Beweis, dass eine Minderheit auch gegen eine zu Beginn übermächtig erscheinende Mehrheitsmeinung etwas ausrichten kann.»

Bild Brigitte Weiss

Bulletin: Was würde sich unter der Bauchefin Calovic ändern?

Ivana Calovic: Die bauliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten wurde sehr stark von den Grundeigentümern bestimmt. Das muss sich ändern. Die Veränderung der Stadt muss als Planungsprozess gestaltet werden, an dem die verschiedensten Bevölkerungsschichten beteiligt werden. Die Stadt muss für alle «belebbar» sein, für alle eine gute Lebensqualität bieten - ob du nun Land hast oder nicht, ob du MieterIn bist oder eine Eigentumswohnung hast. Das L&G-Areal muss unbedingt für das Wohnen geöffnet werden, ein durchmisches Quartier auch mit öffentlichen

Grünflächen. Bei der in Gang gekommenen Wohnverdichtung ist die Qualität der Projekte wichtigstes Kriterium. Der soziale Wohnungsbau ist endlich voranzutreiben, in Zug müssen auch untere Einkommenschichten wohnen können, und ich würde gerne den Beweis antreten, dass dies möglich ist.

Bulletin: Könntet Ihr euch Jobsharing für den Stadtrat vorstellen?

Anita Stadler: Wieso nicht!

Ivana Calovic: Mit Anita - sofort!

Bulletin: Mehr Teilzeit bedeutet aber auch bessere Infrastruktur - Tagesschulen, Kinderhorte etc.

Anita Stadler: Eben deshalb war es mir auch so wichtig, dass die Stadt nun die ausserhäusliche Kinderbetreuung besser unterstützt. Ich könnte mir gut vorstellen, dass es bald einmal eine zweite Tagesschule braucht - für Zug-West. Ein Problem ist allerdings nicht gelöst: was machen die Kinder in den Schulferien. Da müsste ein Angebot für Kinder aus der Stadt bestehen - wir haben 14 Wochen Schulferien pro Jahr! Die Stadt hat genug Geld - und dies wären sinnvolle Ausgaben.

Bulletin: Ihr wollt frischen Wind in den Stadtrat bringen - Eure Ideen zum Verkehr?

Anita Stadler: Der Verkehr ist nicht gottgegeben, es muss alles unternommen werden, um den Autoverkehr zu reduzieren. Daher habe ich Mühe mit dem Minitunnel. Dagegen sollte die Vorstadt verkehrsfrei werden, das wäre für den Erholungswert und die Lebensqualität der Stadt besser als eine verkehrsfreie Bahnhofstrasse. Wir müssen bei den Leuten die Lust wecken, zu Fuss zu gehen, das Velo zu benutzen. Die Stadtbahn könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Kinder sollten von klein auf lernen, mit

dem öffentlichen Verkehr umzugehen und ihn zu schätzen.

Ivana Calovic: Im Mitwirkungsverfahren habe ich eine interessante Erfahrung gemacht. Es gibt zwei Studien aus England, die untersucht haben, was passiert, wenn eine Strasse einfach geschlossen wird. Das Resultat: der Verkehr «verschwindet», d.h., er reduziert sich, weil mehr Leute das Auto zuhause lassen und auf ihre Füsse umsteigen. In der Arbeitsgruppe wollte das niemand so recht glauben, es herrscht bei uns immer noch das Dogma von der verkehrsfreundlichen Stadt. Ich glaube, man muss die Leute ermuntern, vom Auto als städtisches Verkehrsmittel wegzukommen, d.h., die Stadt weniger attraktiv für das Auto machen.

Bulletin: Was soll mit dem L&G-Areal, mit Zug-West passieren?

Anita Stadler: Mich hat das Beispiel von Zürich-Nord, welches Ursula Koch an unserer GV erläutert hat, fasziniert. Die Stadt muss nicht als Bittstellerin auftreten, sondern hat dafür zu sorgen, dass die Menschen in dieser Stadt leben und wohnen können. Das L&G-Areal muss gut

Ivana Calovic

1964 in Zug geboren, ist die Tochter jugoslawischer Eltern, eine klassische «2.-Generationslerin». 1987 liess Ivana sich in Zug einbürgern. Die Mutter des kleinen Milan bezeichnet sich selbst als leidenschaftliche Architektin (Dipl. Arch. ETH), führt seit 1990 ein eigenes Architekturbüro in Zug und war sechs Jahre Assistentin und Oberassistentin für Entwurf an der ETH Zürich. Als Parteilose wurde Ivana im Herbst 1994 in den GGR gewählt. Seit 1995 ist sie zudem Mitglied der Bau- und Planungskommission, wo sie ihre Ideen mit Hartnäckigkeit und Kompetenz vertritt, was sich insbesondere beim Seeufer ausgezahlt hat.

durchmischt werden: Wohnen, Arbeiten, Kultur, Freizeit - und es muss sehr gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden. Das Gebiet ist so zentral, da müsste eigentlich kaum jemand ein Auto brauchen. Zug-West braucht v.a. eine gute soziale Durchmischung mit entsprechender Infrastruktur.

Ivana Calovic: Zum L&G-Areal möchte ich ergänzen, dass die Stadt öffentliche Freihaltezonen bekommt, was angesichts der hohen Ausnutzungsziffer berechtigt ist - in anderen Städten wurde das auch gemacht: Baden, Winterthur, Zürich-Nord. Die Stadt muss klar deklarieren, was sie will, und dafür kämpfen.

Bulletin: Wie soll es weitergehen mit dem Bahnhof?

Anita Stadler: Zuerst müssen jetzt endlich die Sofortmassnahmen realisiert werden. Und da ärgert mich noch heute, dass unser Antrag für die Sanierung der Unterführung Glashof am Stichentscheid des GGR-Präsidenten scheiterte, weil eine SP-Gemeinderätin uns nicht unterstützt hat. Ansonsten finde ich, dass es einen übersichtlicheren Bahnhof bräuchte - nicht ein Mammutprojekt.

Ivana Calovic: Mein Eindruck ist: der Stadtrat versteckt sich hinter der SBB. Die Stadt muss sagen, was sie braucht, und das dann mit der SBB aushandeln. Daran hat nämlich auch die SBB ein Interesse.

Bulletin: Wie wollt Ihr die Gleichstellung voranbringen?

Ivana Calovic: Für mich war die Gleichstellung nie ein Problem, bis ich dann ins Berufsleben eingetreten bin und gesehen habe, dass dort Gleichberechtigung überhaupt nicht selbstverständlich ist. Gerade das muss aber geschehen. Es gibt immer noch genug Leute, die arbeitende Frauen mit Kindern als Ra-

benmütter betrachten. Dabei muss das Kind doch von beiden Eltern teilen etwas haben.

Anita Stadler: Wenn eine Stellenbesetzung vorzunehmen ist, würde ich eine ebenso gut qualifizierte Frau einem Mann vorziehen. Teilzeit für beide Geschlechter ist eine wichtige Voraussetzung für die Gleichberechtigung und eine gerechte Aufteilung der Erziehungs- und Hausarbeit. Als Stadträtin würde ich die



«Es herrscht bei uns immer noch das Dogma von der verkehrsfreundlichen Stadt.»
Bild Brigitte Weiss

Lohnstrukturen der Stadtverwaltung genauer unter die Lupe nehmen und schauen, ob die Frauen fair eingestuft sind. Den Kontakt zur Personalkommission würde ich intensiv pflegen.

Ivana Calovic: Auch neben der Arbeit müssen die Voraussetzungen stimmen, dass die Frauen arbeiten können - Stichwort ausserfamiliäre Kinderbetreuung. Eine Bevorzugung von Frauen bei der Stellenvergabe sehe ich aber weniger, da ich auf einer wirklichen Gleichstellung von Frau und Mann bestehe.

«Ech ha Fröid...»

Bulletin: Ivana, bleibst Du als Stadträtin parteilos?

Ivana Calovic: Ich sehe keinen Grund, das zu ändern. Ich bleibe parteilos!

Bulletin: Anita, sehen Dich die ZugerInnen auch als Stadträtin noch TIXI fahren?

Anita Stadler: Ich möchte das gerne weiterführen, auf jeden Fall. Ob es zeitlich weiterhin möglich ist, kann ich nicht einschätzen. Wenn es irgendwie geht, fahre ich aber weiterhin TIXI.

Bulletin: Zum Schluss noch je eine „böse« Frage: Ivana, Dich sieht man in der Stadt hin und wieder mit einem grossen Jaguar herumfahren, hast Du da keine Probleme mit der Glaubwürdigkeit, steigst Du als Stadträtin gar aufs Velo um?

Ivana Calovic: Ich bin froh, dass das bisher in der Fraktion nie ein Problem war. Ja, es stimmt, ich finde diesen alten Jaguar sehr schön zum Fahren und gönne mir das weiterhin. Zum Velo soviel: Wir haben an der Weinberghöhe wirklich eine etwas unmögliche Situation für das Velo. Jetzt, mit dem Büro an der Löberenstrasse, wird man mich aber auch mal mit dem Velo antreffen.

Bulletin: Anita, Du hast den Ruf, ziemlich direkt zu sein. Hast Du keine Angst, anzuecken?

Anita Stadler: Ja, das ist einfach meine Art. Ich mag nicht lange um den heissen Brei herumreden. JedeR soll sagen was sie/er denkt und ihre/seine Meinung ehrlich auf den Tisch legen. Wer mich besser kennt, weiss, dass ich viel und gerne lache und ein sehr umgänglicher Mensch bin. Mir fehlt einfach die Geduld für «Spiele». ■

Für einmal dominieren Festfreude, Heiterkeit und Lustvolles das politische Geschehen im Kantonsrat. Der katholische Humus innerschweizerischer Prägung vermag selbst den ansonsten streng calvinistischen Geist unseres Justiz- und Polizeidirektors Hanspeter «Chnuspi» Uster aufzuweichen und in Verzückung zu versetzen.

von Toni Kleimann, Kantonsrat Frische Brise Steinhausen

«Ech ha Fröid!!» dies waren die Worte, die unserem alternativen Regierungsrat bei jeder sich bietenden Gelegenheit über die Lippen purzelten. Der Anlass dieses überschäumenden Temperamentes: Seiner Ägide sind die Jubiläumsfeierlichkeiten zu verdanken.

Begeistert war auch ich ob der Vielfalt festlicher Ideen. Angefangen bei der Ausstellung über den liberalen Staatsmann Georg Josef Sidler im Museum zur Burg bis zur Präsentation der beiden Geschichtsbände '23 Lebensgeschichten' und '12 Bevölkerungsportraits', hin zur Aufführung «De

Franzos im Ibrig» im Zurlaubenhof und als volksfestlicher Höhepunkt das Landsgemeindefest - es war und ist eine Jubiläumsveranstaltung mit Niveau. Bei all meiner Liebe zu 'Wurst und Brot', hier hat uns «Chnuspi» einiges mehr geboten. Dies ist nebst dem eigentlichen Festmotiv der Unterschied zur 700-Jahrfeier vor 7 Jahren.

«Cham vaut bien une messe»

Die Aprilsitzung des Kantonsrates tagte für einmal in Cham, meiner neuen Wohngemeinde. Die Gastfreundlichkeit und Grosszüg-



Der französische (GSoA)Befreiungs-Oberst Uster: "Ech ha Fröid!"

Bild: Christof Borner-Keller

KANTONSRAT

gigkeit der Chamer EinwohnerInnen und Behörden bekamen die 80 Parlamentarier gleich geballt zu spüren: Waren es die aufmerksamen Augen und Ohren vieler BesucherInnen auf den Tribünen oder der imposante Lorzensaal? Jedenfalls habe ich noch nie eine so disziplinierte Sitzung im Kantonsrat erlebt. Nicht einmal das Rascheln von Zeitungen war zu hören. Abgerundet wurde dieser mehr kulturelle als politische Ausritt in den Ennetsee mit einem deftigen Bankett im Frauenthal.

Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf

Die Mai-Sitzung hatte dann schon wieder mehr Politfleisch am Knochen. Dies nicht etwa, weil Regierungsrat Walter Suter an einer Militärkonferenz in Schweden(!) weilte und der neue Landschreiber Jorio die KantonsrätInnen wie Rekrutenschüler in Empfang nahm, - nein - der innerkantonale Finanzausgleich stand zur Debatte.

«C'est le ton qui fait la musique», muss wohl der Kantonsrat gedacht haben, als er auf die unfeinen Töne aus der kammermusikalischen Werkstatt unserer Finanzdirektorin gar nicht erst eintrat. Nur damit die Rechnung der Staatsfinanzen im Wahljahr positiv zu erscheinen hat, berechtigt dies die Regierung noch lange nicht, der Mehrheit der Gemeinden die finanziellen Zuschüsse erheblich zu schmälern. Wir Alternativen unterstützten den Antrag von CVP-Kantonsrat Herbert Arnet, es vorderhand beim Status quo bewenden zu lassen - leider mit wenig Erfolg. Die Mehrheit des Rates votierte für eine Zwischenlösung und folgte dem Kommissionsantrag, der nurmehr eine kosmetische Retusche vorsah.

Waren dies nun «die Nägel mit Köpfen», die «auf halbem Weg ste-

hen blieben», um «das Wünschbare vom Notwendigen» zu trennen, ohne «die 'Rote Karte gezeigt' zu bekommen»? (dies die 4 wichtigsten Rhetorikenelemente für zukünftige KantonsrätInnen)

Koni Studerus, hinterhältig und unfair

Das Traktandum 'Genehmigung der Ersatzwahl für ein Mitglied des Kantonsgerichtes' ging diskussionslos über die Bühne. Nur - in meiner Politseele brannte es lichterloh: Im Jahre 1996 verweigerte die Mehrheit des Kantonsrates und der erweiterten Justizprüfungskommission die vom Obergericht



Das sympathische Lächeln täuscht: CVP-Kantonsrat Konrad Studerus

Bild Bulletin

geforderten zwei zusätzlichen vollamtlichen Richterstellen. Gegen den erbitterten Widerstand auch der Alternativen Fraktion installierte der KR neben einem Vollamt eine 20 %ige Richterstelle. Es kam, wie es kommen musste: Die SVP portierte nicht nur ein juristisches Leichtgewicht, sondern auch einen Kantonsrichter, der die gesetzlichen Anforderungen an die Unvereinbarkeitsregeln nicht einhalten konnte. Er musste zurücktreten.

Die Fraktionsvertreter kümmerten sich am 'runden Tisch' um die Nachfolge. Und plötzlich waren sich alle einig, auch die professionellen Obersparer der SVP und der am gleichen Zipfel notorisch krankende CVP-Kantonsrat Konrad Studerus, dass die damalige Nichtbewilligung einer zweiten Vollamtsstelle ein Unfug war. «Spät kommt die Reue, doch sie kommt», habe ich mir gedacht. Wenn der Postenschacher nicht aufgeht, sind auch solche Politiker noch zu Einsichten fähig.

Meine zwischenzeitliche Beruhigung machte postwendend einer ungläubigen Wut Platz. Da erläuterte mir nämlich der Menzinger Kantonsrat Koni Studerus kurz nach besagter Sitzung in Anwesenheit seines Parteikollegen Willi Wismer, er habe sich damals nur gegen die zweite vollamtliche Richterstelle gewehrt, weil er gewusst habe, dass die SVP einen unfähigen Kandidaten für diese Richterstelle vorgesehen habe. Eine solche Politik ad personam - durchtrieben und hinterhältig geplant - überstieg alle meine bisherigen Erfahrungen. Da kämpft ein CVP-Kantonsrat gegen die wohl begründeten Bedürfnisse der Justiz, die ihre Funktionsfähigkeit bewahren will, tischt in der Kommissionsarbeit und im Parlament Scheinargumente eines Sparers auf und lässt die DiskussionsteilnehmerInnen über seine wahren Motive im Unklaren.

Für mich hat Koni Studerus seine Glaubwürdigkeit als Parlamentarier eingebüsst und ich frage mich, wie niveaulos ein Parteipräsident einer CVP-Ortspartei sein darf, um diesen Posten auszuüben. ■

Das Streikrecht gehört in die Bundesverfassung

Bei der Revision der Bundesverfassung ist das Streikrecht einer der umstrittensten Paragraphen. 1998 feiern wir das 80jährige Jubiläum des Landesstreikes. Und Streiken wäre heute nötig, wenn Arbeitende und Gewerkschaften sich bei den Arbeitgebern wieder Respekt verschaffen wollen.

von Bruno Bollinger, Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes GBZ

Die Mehrheit des Ständerates lehnte es Ende 1997 ab, das Streikrecht in die Bundesverfassung aufzunehmen. Damit folgte sie den Aufforderungen von Arbeitgeberverband-Direktor Peter Hasler, der festhielt, das Streikrecht gehöre vor allem aus psychologischen Gründen nicht in die Verfassung, denn es könne «zum Rückfall in überwundene Arbeitskämpfformen führen». Zudem sei das Streikrecht bereits sozialpartnerschaftlich geregelt. Diese Aussage strafte das Zürcher Obergericht Lügen, als es in einem Skandalurteil festhielt, in der Schweiz existiere kein Streikrecht.

Dank Adrian Gasser, der die Arbeitenden in seinem Textilbetrieb in Kollbrunn zu einem Streik provozierte, wird es doch möglich, dass das Streikrecht in allerdings verwässerter Form in die Verfassung kommt. Denn das Zürcher Obergericht begründete die Verneinung auf ein Streikrecht damit, dass dessen Anerkennung ein politischer Entscheid sei und keine Rechtsfrage. Namhafte Uni-Professoren, die sich mit Arbeitsrecht befassen, kritisierten den Entscheid des Zürcher Obergerichtes, und das Bundesgericht wird ihn wahrscheinlich korrigieren. Der Nationalrat hielt schliesslich am Vorschlag des Bundesrates fest, der das Streikrecht in ebenfalls abgeschwächter Form in der Bundesverfassung festschreiben will. Nun ist auch der Ständerat auf seinen Entscheid zurückgekommen und auf den Beschluss des Nationalrates eingeschwenkt. Der

Schweizerische Gewerkschaftsbund, der festgehalten hatte, dass die Gewerkschaften die revidierte Verfassung ohne Streikrecht nicht unterstützen würden, hat dieser Regelung «im Sinne eines äussersten noch zumutbaren Kompromisses» zugestimmt.

Streiken als Grundrecht

Der Streik schafft Rechtsgleichheit im Betrieb. Der Arbeitgeber kann die Arbeitenden jederzeit entlassen - als Lohnabhängige sind sie auch von ihm abhängig. Umgekehrt müssen die Lohnabhängigen dem Arbeitgeber zeigen können, dass auch er von den Arbeitenden abhängig ist! Dazu müssen sie die Möglichkeit haben, die Arbeit zu verweigern, sie «niederzulegen», auf gut deutsch zu «streiken».

Ein Streikrecht heisst also nichts anderes, als dass anerkannt wird, dass Streiken ein kollektives Kampfmittel von Menschen ist, die nur über ihre Arbeitskraft, nicht aber über Kapital und Produktionsmittel verfügen. Dies entspricht auch dem Geist verschiedener internationaler Abkommen. In der revidierten Verfassung sind verschiedene Rechte klar verankert. So hält z.B. Art. 22 kurz und bündig fest: «Das Eigentum ist gewährleistet». Beim Streikrecht werden aber Einschränkungen gemacht, die dieses Recht in ein Korsett zwängen: «Das Recht auf Streik und das Recht auf Aussperrung sind gewährleistet, wenn sie die Arbeitsbeziehungen

betreffen und keine Verpflichtungen entgegenstehen, den Arbeitsfrieden zu wahren oder Schlichtungsverhandlungen zu führen.» (Art. 24 Koalitionsfreiheit).

Es ist also nicht nur vom Recht der Arbeitenden auf Streik die Rede, sondern auch vom Recht der Arbeitgeber auf Aussperrung. Als ob diese mit ihrer Verfügungsgewalt über Kapital und Produktionsmittel nicht schon genug „Kampfmittel“ hätten! Weiter soll Streiken nur dann erlaubt sein, wenn es um «Arbeitsbeziehungen» im engeren Sinn geht. Damit wird nicht nur die Legalität des Landesstreikes von 1918 in Frage gestellt, auch politische Streiks wie der Frauenstreik 1991 wären verfassungswidrig.

Kampf um Anerkennung

Die Arbeitgeber können jederzeit «aussperren»: nämlich mit Entlassungen. Die Mär vom Verzicht auf Aussperrung ist mit dem Arbeitsfrieden entstanden, der 1937 erstmals im Friedensabkommen der Metallindustrie formuliert wurde: Die Gewerkschaften verzichteten auf den Streik, die Arbeitgeber auf die Aussperrung. Das war aber nicht die Kernfrage des Arbeitsfriedens: Mit dem Friedensabkommen erreichte die Gewerkschaft SMUV - kampfflos -, dass die Arbeitgeber bereit waren, mit der Gewerkschaft zu verhandeln. Das Friedensabkommen definierte nichts anderes, als dass die Gewerkschaften auf Streiken verzichteten, weil die Ar-

ANGST VORM STREIK?

beitgeber sich bereit erklärten, Probleme der Arbeitswelt am Verhandlungstisch zu regeln, was eine Anerkennung der Gewerkschaften als kollektive Vertretungen der Lohnabhängigen bedeutete.

Diese Anerkennung wurde allerdings nicht mit Verhandlungen erreicht. Es hat den Generalstreik 1918, der unter anderem die 48-Stunden-Woche brachte, und un-

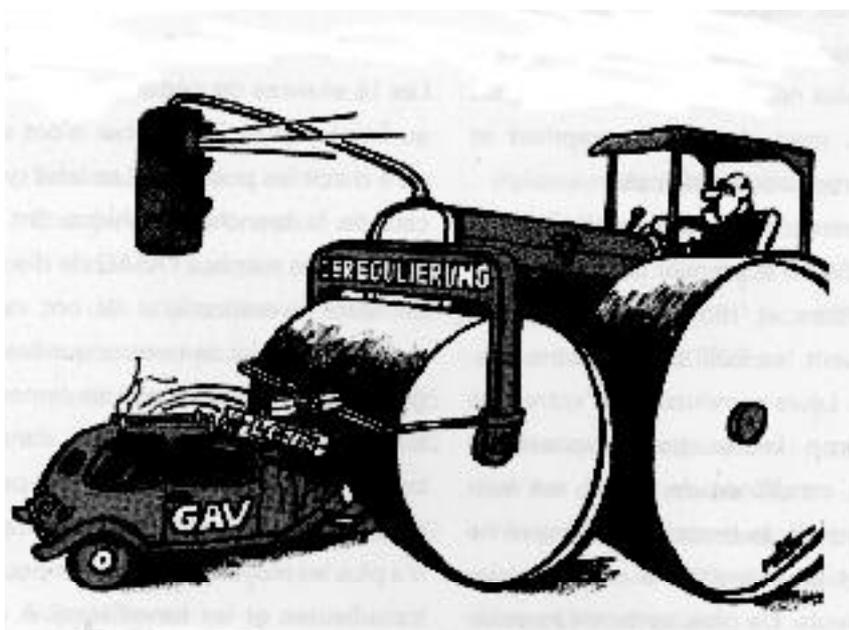
einige Gewerkschaften noch kampffähig waren, sind die GAV materiell stark ausgebaut worden. Mit der Krise der 70er und der 90er Jahre ist allerdings eine Trendwende eingetreten: Die GAV werden nicht mehr aus-, sondern abgebaut. Die Gewerkschaften konnten einen Abbau nur noch dort verhindern, wo, wie im Bau, Mobilisierungen gelangen.

triebsunabhängige Organisationen sind, welche die Interessen aller Lohnabhängigen der Branche vertreten.

Respekt müssen sich die Gewerkschaften aber auch bei den Arbeitenden verschaffen. Denn die Zeit der Hochkonjunktur und des Arbeitsfriedens hat eine ganze Generation geprägt, die meint, Fortschritte bei den Arbeitsbedingungen kämen von selbst oder seien ein Geschenk der Arbeitgeber. Es muss also wieder an die Selbstverantwortung aller appelliert werden, sich für die kollektive Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzusetzen. Die Arbeitenden sollen sich wieder gemeinsam bewegen, wenn nötig mit der einzig wirksamen kollektiven Kampfform, dem Streik.

Wenn man in der Schweiz von Streiken spricht, dann entsteht sofort Unbehagen. Man hat Angst, das Wort Streik in den Mund zu nehmen:

„Schaut doch die Länder an, die kaputt gestreikt worden sind“ heisst es und man meint damit Italien, das heute jedoch wirtschaftlich um einiges besser da steht als die Schweiz. Um diese Angst abzubauen, sind jetzt all diese Diskussionen um das Streiken als „Lockerungsübungen“ wichtig. Es war enttäuschend, aber nicht eigentlich verwunderlich, dass an der vom Gewerkschaftsbund am 29. April 1998 organisierten Diskussionsveranstaltung nur gerade sechs InteressentInnen erschienen. Es fehlten die KollegInnen aus den Gewerkschaften, es fehlten aber auch alle Linken und Alternativen. ■



Karikatur: Gewerkschaft Druck und Papier 1994

zählige kleinere und grössere Streiks gebraucht: 1937 wurde der Landesmantelvertrag (LMV) für das Bauhauptgewerbe nach einem Streik in Bern, 1945 der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Basler Chemie nach einer Streikbewegung erstritten.

Die Ende der 40er Jahre erkämpften GAV übernahmen nach und nach die Friedenspflicht, so dass heute alle GAV an den Arbeitsfrieden gebunden sind. Dank der Hochkonjunktur, aber auch dank einzelner Streiks, die zeigten, dass

Streiken wieder nötig

Heute müssen wir feststellen, dass immer mehr Arbeitgeber in „überwundene Arbeitskampfformen“ zurückfallen. Die sogenannte Sozialpartnerschaft wird auf den Betrieb reduziert, wo mit den betriebsabhängigen Personalvertretungen verhandelt wird. Druckmassnahmen und Streik sind wieder aktuell geworden. Die Gewerkschaften müssen sich die Anerkennung wieder erkämpfen, dass sie nicht betriebsfremde, sondern be-

Wagenknecht und Eispickel

Wie kommen Linke dazu, eine Mauer-Verteidigerin, Ulbricht-Bewunderin und Stalin-Verharmloserin an eine offizielle 1.Mai-Feier als offizielle Rednerin einzuladen? Was veranlasst sie, einen sozialistischen DDR-Kritiker niederzuschreien?

von Josef Lang

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass nicht nur die Rechten, sondern auch Teile der Linken ein Demokratie-Problem haben, dass die Bewältigung unangenehmer Vergangenheiten nicht nur Konservativen, sondern auch Progressiven schwer fällt, wurde er am 30. April 1998 im Luzerner «Volkshaus» geliefert.

Was ich dort erlebte, ist mir in den 28 Jahren - trotz zahlreichen GSoA-Auftritten vor Armeefans - erst einmal passiert: an der Maturafeier vor 25 Jahren. Damals, im bewegten 1973, hatten rechtsreaktionäre Eltern zum voraus abgemacht, mich möglichst am Reden zu hindern. Und so wurde ich bereits als «Kommunist» betitelt, als ich beim einleitenden Verteilen der Dankesworte war. Im «Anker» wurde ich von linksreaktionären Nostalgikern noch schneller niedergeschrien. Ähnlich dürfte es 1992 Madeleine Landolt im Kantonsrat ergangen sein, als sie Philipp Etter symbolisch vom Sockel holte.

Reaktionäre Nostalgie

Dass auch der 98er-Tumult nicht völlig spontan war und wes Geistes Kind dessen UrheberInnen sind, illustriert ein Vorschlag, der unter OrganisatorInnen zum voraus diskutiert wurde. Man solle dem «jungen Trotzki», wie ich betitelt wurde, am Schluss nicht eine Flasche Wein, sondern einen Eispickel überreichen. Bekanntlich ist der

«alte Trotzki» auf Stalins Befehl mit einem solchen Instrument umgebracht worden.

Am Abend selber hat mir ein Mitglied des 1.Mai-Komitees vorgeworfen, ich hätte «wie ein Eispickel» argumentiert. Dieser Vorwurf ist doppelt interessant. Er enthüllt die Phantasien, die Wagenknecht-Fans gegenüber AntistalinistInnen pflegen. Und er dreht die Täter-Opfer-Perspektive. Es handelt sich um ein Denkmuster, das typisch ist für Vergangenheits-Verdrängung.

Genau darum ging es bei der Wagenknecht-Veranstaltung mit dem Titel: «Sozialismus - Nostalgie?» Die DDR sollte rehabilitiert, aber nicht diskutiert werden.

Ähnliches versuchten ewiggestrige Patrioten mit den Diamant-Feiern 1989. Die Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sollte gefeiert, aber nicht problematisiert werden. Auf unbequeme Kritiker, selbst auf harmlose Einwände, wurde beide Male äusserst aggressiv reagiert. Beispielsweise wurde ich in Luzern niedergeschrien, nachdem ich den banalen Hinweis gemacht hatte, dass eine solche Veranstaltung in der DDR höchstens in einer Kirche hätte stattfinden können. Die Buhrufenden wussten, dass diese Aussage stimmte. Aber sie wollten sie nicht hören.

Störung des Gottesdienstes

Die Luzerner Erfahrung verstärkte mir den Eindruck, dass etliche

Linke zum Sozialismus nicht ein aufgeklärt-mündiges, sondern ein religiös-fundamentalistisches Verhältnis haben. Ich muss den Gläubigen wie ein Gottesdienst-Störer vorgekommen sein.

Mindestens so schlimm wie die Buhrufe kam mir die Andächtigkeit vor, mit der Sahra Wagenknechts Rede, eine Mischung von Statistiken, Schlagwörtern und Glaubenssätzen von einem Teil des Publikums aufgenommen wurde. Dass ein derart einfaches und dogmatisches Strickmuster ankommt, zeugt nicht gerade von Kritikfähigkeit.

Linke Vergangenheitsverdrängung

Was für Rechte gilt, spielt auch bei Linken: Vergangenheitsverdrängung hat auch einen intellektuellen Preis.

Gerade weil das wieder einmal klar wurde, machte das (von mir immer befürwortete) Streitgespräch mit der ewiggestrigen Stalinistin Wagenknecht durchaus Sinn. Wir wissen jetzt, dass die Auseinandersetzung mit dem untergegangenen «Realsozialismus» weiterhin nötig ist. Und dass die Demokratie ein Gut ist, um das auch in der Linken immer wieder gerungen werden muss. ■

«Year of the Horse»/«Face»

«Face» startet in der Deutschschweiz am 12. Juni, der Start von «Year of the Horse» steht noch nicht fest, ist aber für Ende Juni oder Anfang Juli zu erwarten

Von Thomas Ulrich

«Year of the Horse», der neue Film von Jim Jarmusch ist in jeder Hinsicht ein Rock 'n' Roll Streifen. Es handelt sich nicht um einen Spielfilm, sondern um eine Mischung von Dokumentar- und Konzertfilm. Jim Jar-

musch, schon immer ein Fan von Neil Young, zeigt den gemeinsamen Werdegang der Band «Neil Young and Crazy Horse» seit dem Beginn im Jahre 1969 bis 1996.

Entstehungsgeschichte

Jim Jarmusch gelangte an Neil Young, als es darum ging, einen Soundtrack für seinen letzten Spielfilm «Dead Man» zu schreiben, was Neil dann auch in grandioser Weise tat. Neil fragte dann Jarmusch an, ob er nicht ein Video für ihn drehen könne. Es entstand das Video zu «Big Time», welches mit Super 8 gedreht wurde. Neil war so begeistert von diesem Material, dass er vorschlug, einen Konzertfilm mit diesem «look & feel» zu machen. So kam es, dass Jarmusch die Band auf deren 96er «Year of the Horse»-Tour begleitete.

Minimalismus

Der Film, der so entstand, wurde dann auch mehrheitlich - und «proudly» - mit Super 8 gedreht, mit einigen 16mm oder Videosequenzen. Die so eingefangenen Bil-



der sind in technischer Hinsicht vielleicht nicht befriedigend, dafür aber umso mehr ästhetisch überzeugend und passend zum rauhen Sound der Band - echte Rock 'n' Roll Kameraarbeit eben. Leuten, die Neils Musik mögen ist der Film unbedingt zu empfehlen, vor allem denjenigen die, noch nie an einem Konzert von ihm waren. Anders als in anderen Konzertfilmen lässt Jim nämlich die Stücke in der ganzen Länge und unterbruchsfrei laufen. Auch jene, die sich immer noch nicht sicher sind, was mit «Sound» nun wirklich gemeint ist, kriegen in diesem Film eine Definition geliefert. Wer den Film sehen will, sollte allerdings Augen und Ohren offen halten, denn mehr als einige Spezialvorstellungen sind auch in Zürich nicht zu erwarten. Und nicht vergessen, vorher dem Operateur unbedingt sagen: «AUF-DREHEN, gell!».

«Face»

In «Face», dem neuen Film von Antonia Bird («Priest»), begeht eine Bande einen bewaffneten Raubüberfall. Für Ray (Robert

Carlyle; «The Full Monty», «Train spotting») und Dave ist das ein alltäglicher Job. Julian hofft damit auf eine bessere Zukunft, Stevie macht, was immer Ray ihm sagt, und für Jason

ist es das erste Mal. Als die Beute geringer ausfällt als erwartet, geraten sie sich in die Haare. Mit der Polizei auf den Fersen beginnt ein Rennen gegen die Zeit, bei dem es immer mehr Tote gibt und die Frage bleibt: Wer betrügt die anderen um ihren Anteil - und wo ist das Geld?

Antonia Bird hat mit «Face» einen netten Film gemacht. Man kommt nicht böse aus dem Kino, verpasst aber nichts, wenn man nicht geht. Die Regie ist ok, aber die Regisseurin scheint ihre Nase für gute Skripts verloren zu haben. «Face» ist eben nicht mehr als eine Standardstory über ein paar Typen, die einen schlechten Tag erleben. Zudem steht Antonia Bird bald wieder bei einem US-Projekt hinter der Kamera, und dies nachdem sie bei ihrem letzten Ausflug nach Amerika («Mad Love») bös daneben gegriffen hat. Kommt noch dazu, dass beim aktuellen Projekt namens «If Not For You» Richard Gere mit von der Partie ist, was auch nicht gerade ein gutes Omen ist. Wünschen wir ihr also Glück, sie kann es gebrauchen, und auf dass sie mich Lügen strafe. ■

Kleine Kampagne ganz Gross

Wenn sie dieses Interview lesen, hat das Volk bereits über die Genschutz-Initiative entschieden. In unserem Gespräch mit Daniela Krucker und Martin B. Lehmann, das Team, das die Zuger Kampagne für den Genschutz leitete, wollten wir Eindrücke der letzten Monaten sammeln.

Das Interview führten Natalie Chiodi und Brigitte Weiss am 13. Mai 1998.

Bulletin: Ihr kommt direkt von einer Talkshow bei Radio Z. Was war dort eure Aufgabe?

Martin: Wir nahmen an einer Podiumsdiskussion teil. Die SAG (Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie) glaubte, zu wenig Befürworter der Initiative im Publikum zu haben, und deshalb war es unsere Aufgabe als Befürworter der Genschutz-Initiative, Präsenz zu markieren und durch gezielte Fragen an Daniel Ammann (Geschäftsführer der SAG) ihm mehr Redezeit zu verschaffen.

Bulletin: Wie kommt ihr dazu, euch für diese Initiative zu engagieren?

Daniela: Ich habe mich vor einem Jahr der Greenpeace Regionalgruppe Zug angeschlossen, um endlich im Umweltschutz aktiv zu sein. Vor ein paar Monaten habe ich die Leitung der Regionalgruppe übernommen, dabei Martin kennengelernt und mit ihm im November 97 eine Podiumsdiskussion zum Genschutz organisiert. Seine Idee war es dann, das Zuger Komitee zu gründen.

Martin: Ich bin im Vorstand des WWF Zug. Nach einer Umstrukturierung des Vorstands haben wir Arbeitsgruppen gebildet. Ich habe das Ressort «nationale und internationale Projekte» übernommen. Mein erster Job kam in Form der Genschutz-Initiative auf mich zu. Als ich gemerkt hatte, dass sich im Kanton Zug bei den Befürwortern nicht viel regt, habe ich dann von mir aus mit Greenpeace Kontakt aufgenommen, um gemeinsam etwas auf die Beine



«Die Gentechnologie ist eine Rationalisierungstechnologie» Bild Brigitte Weiss

zu stellen. Nach der Podiumsdiskussion sind die ersten Gerüchte aufgetaucht, dass die Genschutz-Initiative bereits im März zur Abstimmung kommen könnte. Dieser Termin hat uns überrollt und es bestand Handlungsbedarf, so haben wir Mitte Januar 98 das Ja-Komitee gegründet.

Bulletin: Ist das eure erste Kampagne, die ihr leitet?

Martin: Ja, für mich ist es die erste Kampagne.

Daniela: Ja, ich bin ja erst seit einem Jahr bei Greenpeace. Wir haben verschiedene Parteien und Organisationen um Mithilfe angefragt. An die Sitzungen der Kampagnenleitung kommen u.a. Ruth Wyss von der SGA, Toni Niederberger als Präsident der Zuger Biobauern. Andere

Organisationen geben uns ihren Namen, sind aber nicht mit einer Vertretung anwesend.

Zuger Kampagne

Bulletin: Wie gross ist das Budget für die Zuger Kampagne?

Daniela: Es ist ein rechter Betrag, den wir aber nicht nennen möchten. Neben den hohen Spenden haben wir nämlich auch ungewöhnlich viele sehr kleine Beiträge erhalten. Aus allen Ecken des Kantons erreichen uns Beiträge, so dass man sagen kann, unsere finanzielle Unterstützung sei sehr breit.

Bulletin: Gibt es Grundsätze, die man beachten muss, wenn man eine Kampagne leitet?

GENSCHUTZ-INITIATIVE

Martin: Man muss sie straff führen, es bleibt dir nichts anderes übrig. Leider ist es in Umweltschützer-Kreisen sehr oft so, dass über absolute Banalitäten stundenlang diskutiert wird. Dies hat unter anderem auch bei der SAG zu unnötigen Doppelspurigkeiten und Verzögerungen geführt.

Daniela: Nehmen wir die heutige Talkshow als Beispiel. Es darf doch nicht sein, dass kurz vor dem Anlass realisiert wird, dass zuwenig Befürworter an der Podiumsdiskussion sein werden. Wahrscheinlich weiss die SAG seit Wochen von diesem Anlass. Jetzt stell dir vor, da ruft die SAG, die in Zürich die grösste Organisation hat, in Zug an, um uns nach Zürich zu bitten. Und das nur einen Tag vor der Veranstaltung.

Martin: Obwohl von der SAG manchmal die Koordination bei der Kampagne nicht optimal war, muss ich doch noch hinzufügen, dass gewisse Anlässe professionell organisiert wurden. So hat man z.B. alle potentiellen AnwärterInnen auf einen der aktiven RednerInnenplätze für die Fernsehsendung Arena vom 22. Mai an ein eintägiges Medientraining geschickt, das wirklich professionell war. Wir sind auch schon mehrmals von der SAG für unsere Kampagne gelobt worden. Das heisst nicht, dass wir von Anfang an eine perfekte Kampagne geführt haben. Zwischendurch ist Mist passiert, doch wir konnten uns immer wieder selber korrigieren.

Bulletin: Gibt es im Kanton Zug Firmen, die mit gentechnisch veränderten Substanzen arbeiten?

Daniela: Unilever und ihre Tochterfirma Lipton-Sais stehen der Gentechnologie grundsätzlich positiv gegenüber und sie würden im Falle einer Ablehnung der Initiative Produkte herstellen, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten.

Martin: Das wären dann Firmen, die

auf unsere schwarze Liste kämen. Im Vorfeld der Initiative haben wir nämlich einen Führer zur gentechnisch freien Ernährung im Kanton Zug zusammengestellt und in diesem Zusammenhang die genannten Firmen angeschrieben. Im übrigen hatte Lipton-Sais im letzten Herbst bereits angekündigt, dass sie Futter-

schutz in Zürich, angeführt von Nobelpreisträger Zinkernagel, wurden wir angepöbelt. Ich gehe davon aus, dass uns das in Zug nicht passiert wäre, weil hier niemand auf direkteste Weise betroffen ist. Es ist viel angenehmer, im Kanton Zug eine Podiumsdiskussion zu organisieren, denn unsere lokalen Gegner sind



-Kampagne EPA-Platz «Auf der Flucht vor dem Gen-Mais»

Bild Martin Stuber

mittel mit GVO (gentechnisch veränderten Organismen) verkauft werden. Daraufhin hat die SAG eine grosse Demonstration in Zug geplant. Doch die Firma hat einen Rückzieher gemacht und dieses Projekt ein Jahr zurückgestellt.

Bulletin: Was läuft in Zug anders als in anderen Kantonen bezogen auf eure Arbeit?

Martin: Wir haben keine Forscherequipe und keine Uni wie in Zürich. Daher sind die Diskussionen zum Thema im Kanton Zug sachlicher. Wenn ich nach Zürich an eine Veranstaltung gehe, laufen die Emotionen viel höher. In Zürich empfinde ich die Diskussion aggressiver als hier. Bei unserem ironischen Auftritt an der Uni-Demonstration gegen den Gen-

meist bürgerliche Politiker und darum keine «schwere Brocken». Dagegen wäre der Professor, der an der heutigen Talkshow die Genschutz-Initiative bekämpft hat, ein harter und souveräner Gegner. Obwohl wir natürlich bei dieser Initiative die besseren Argumente haben! Ist doch klar!!

Daniela: Unser Vorteil ist, dass der Kanton Zug klein ist, und da kann man halt die Aktivitäten besser koordinieren. Beim wilden Plakatkleben z.B. können wir uns einfach auf die wenigen Gemeinden aufteilen.

Wo bleibt die Moral?

Bulletin: Wie begegnet ihr den Plakaten, welche die Moral der Leute ansprechen, indem sie z.B. fragen, ob

man es verantworten könne, dass Menschen an MS leiden?

Daniela: Leider ist es so, dass bei dieser Initiative zwei Welten aufeinanderprallen. Unser Ziel ist es, mindestens 50 % Ja-Stimmen zu erhalten, dazu sprechen wir vor allem jene Leute an, die unsicher sind und nicht wissen, wie sie abstimmen sollen. Gemäss Schätzungen sollen das 30-40% aller Wählenden sein.

Martin: Wenn uns Leute mit Gegner-Argumenten am Stand begegnen, geben wir sanft Gegensteuer, indem wir darauf hinweisen, dass das unlautere Werbung ist, und wir versuchen am Beispiel Krebs oder MS zu erklären, dass das eine Lüge ist. Abgesehen davon hat die SAG eine Aufsichtsbeschwerde gegen diese suggestierenden Plakate eingereicht. An der Veranstaltung von heute Abend hat sich selbst Professor Schreiber von der Universität Zürich ganz klar von dieser Medienkampagne distanziert. Wobei er das nur uns gegenüber gemacht hat, denn innerhalb des Komitees wurde es natürlich abgesprochen. Mit den Patenten und den transgenen Tieren auf unseren Plakaten appellieren wir logischerweise auch an die Ethik der Leute.

Bulletin: Welchen Meinungen seid ihr bei eurer Arbeit auf der Strasse immer wieder begegnet?

Daniela: Wir sind seit zwei Monaten jeden Samstag mit einem Stand irgendwo im Kanton Zug präsent, davon mehrere Male auf dem EPA-Platz in Zug. Ich habe den Eindruck, dass Frauen der Initiative gegenüber die offenere Haltung haben. Die Männer denken eher wirtschaftlich. Ich frage mich dann aber, wieso man denkt, dass die Gentechnologie Arbeitsplätze bringt oder erhält. Ich denke, dass gerade die Gentechnologie eine Rationalisierungstechnologie ist und Arbeitsplätze verschwinden lässt. Immer noch gibt es viele Leute, die nicht wissen, um was es

geht bei dieser Initiative oder noch schlimmer, die gegen die Initiative sind, aber nicht sagen können wieso. **Martin:** Ich denke, dass ältere Leute eher für die Initiative sind. Jugendliche kommen häufig mit dem Argument der Arbeitslosigkeit und der Forschung. Beim Jugendparlament z.B. haben wir nur knapp einen Ja-Entscheid erreicht.



«In Zug ist es angenehm, eine Podiumsdiskussion zu organisieren»

Bild Brigitte Weiss

Die Gegner mit den Millionen

Bulletin: Ihr kämpft gegen die Pharma- und Chemieindustrie, die Millionen zur Verfügung hat. Wie geht ihr damit um?

Daniela: Gerade weil die Pharma- und Chemieindustrie gesamtschweizerisch 10x mehr Geld zur Verfügung hat, packt mich der Ehrgeiz, die Leute so gut wie möglich zu informieren und aufzurütteln. Ich finde es wahnsinnig, dass es Leute gibt, die diesem Thema die nötige Wichtigkeit nicht beimessen. Bei einer Abwägung von Risiko und Nutzen der Gentechnologie überwiegt selbst das kleinste Risiko den Nut-

zen. Immer wieder hat es Entwicklungen gegeben, bei denen man gesagt hat, sie seien sicher. Ich denke da an die Atomenergie mit deren Abfällen wir uns jetzt herumschlagen. Kommt noch dazu, dass wir gegen drei gegnerische Komitees ankämpfen: das Fraueninfo Gen, das Gegner-Abstimmungskomitee und das Forum Gen.

Martin: Ich kenne die Finanzbranche sehr gut, ich war lange Jahre Anlageberater bei Banken und kenne die Werdegänge der Firmen Novartis und Roche in den letzten 15 Jahren. Der Umgang mit den grossen Zahlen, die diese Firmen präsentieren, ist für mich keine Hemmschwelle. Diese 35 Millionen sind eine abstrakte Summe und solange ich mit diesen Mitteln nicht in Berührung komme, mittels z.B. einer riesigen Präsenz der Plakate, habe ich keine Probleme. Ausserdem befinde ich mich lieber in der Verliererrolle, sie macht mir mehr Spass, fordert mich mehr heraus.

Bulletin: So kurz vor der Abstimmung sind die Befürworter- und Gegner-Plakate anzahlmässig eigentlich recht ausgeglichen. Erstaunlich, wenn man ihre Übermacht kennt.

Daniela: Das stimmt, doch wir gehen davon aus, dass es unmittelbar vor der Kampagne noch einen Effort geben wird, sowohl bei der Gegenseite als auch bei uns. In den Zeitungen sind sie jedoch viel präsenter als wir, da die Inserate sehr teuer sind.

Martin: Dazu muss man bedenken, dass diese 35 Millionen nicht erst jetzt ausgegeben worden sind. Zum einen publiziert das Forum Gen schon seit Monaten Inserate und zum andern verdient die zuständige PR-Agentur Jäggi Burson-Marsteller einen guten Teil des Geldes. Ich vermute, dass schon ein grosser Teil des Geldes ausgegeben worden ist.

Wie geht's weiter?

Bulletin: Was ändert sich für uns Bürgerinnen und Bürger nach Annahme der Initiative?

Martin: Je höher der Prozentsatz der Annahme, desto grösser der Druck aufs Parlament, jene Artikel, die dann in die Bundesverfassung aufgenommen werden, in ein griffiges Gesetz umzuwandeln. Im weiteren würden die mittlerweile fast 100 in Bern deponierten Freisetzung-Anträge gegenstandslos. Trotzdem wird es wahrscheinlich Jahre gehen, bis diese Gesetze da sind. Es ist um so wichtiger, dass die Gesetze so schnell wie möglich umgesetzt werden, damit Frau Dreifuss als zuständige Bundesrätin einen enormen Volksdruck verspürt, wenn sie das nächste Mal einer genmanipulierten Nutzpflanze ihren Ja-Segen erteilt. Die Lobby, welche die 35 Millionen in die Gegner-Kampagne hineinbuttert und im Parlament selbst repräsentiert ist durch z.B. FDP Nationalrat Randegger (Werksleiter von Novartis und Mit-Initiant der GenLex), wird natürlich versuchen, wenn nur irgendwie möglich die Gesetze zu entschärfen und das Prozedere in die Länge zu ziehen.

Bulletin: Wie geht es weiter, wenn die Genschutz-Initiative abgelehnt würde? Wie können sich die KonsumentInnen wehren?

Daniela: Seit dem 1.1.98 besteht eine Deklarationspflicht der GVO-Lebensmittel. Wobei das natürlich ein Witz ist. Wenn die Freisetzung von GVO-Pflanzen in der Schweiz erlaubt ist, wird es wohl nur noch vereinzelte GVO-freie Erzeugnisse geben.

Martin: Meine Idee wäre es gewesen, schon im Vorfeld der Abstimmung alle jene Betriebe, welche die Genschutz-Initiative ablehnen, zu boykottieren, also auch die Migros. Diese Idee haben wir nur fallengelassen, um nicht Tausende von Migros-



«Zwei Welten prallen aufeinander»

Bild Brigitte Weiss

KundInnen zu verärgern. Aus Angst vor allfälligen negativen Implikationen. Da hat mich übrigens Ruth Wyss davon abgehalten, und ich bin ihr dankbar dafür. Aber wenn die Abstimmung vorbei ist, brauchen wir keine Rücksicht mehr zu nehmen, und dann bin ich der erste, der vor die Migros hinsteht und die Leute informiert. Gemäss Umfragen wollen 70% der Leute keine Gentech-Nahrung, also können sie nicht mehr in der Migros einkaufen, da diese ja der Gentechnologie positiv gegenübersteht. Coop ist gegenüber Lebensmitteln mit GVO eher negativ eingestellt und würde mindestens auf Deklarationspflicht insistieren. Doch wenn die Freisetzung von GVO-Pflanzen in der Schweiz erlaubt ist, macht es fast keinen Sinn mehr, die wenigen verbleibenden GVO-freien Nahrungsmittel zu kennzeichnen!

Bulletin: Wenn du auf die Zeit vor der Abstimmung zurückschaust, was hast du gelernt?

Daniela: Ich habe festgestellt, wie wichtig die ehrenamtliche Tätigkeit ist und dass die Umweltverbände dringend auf Leute angewiesen sind,

die aktiv mitmachen. Wenn die Arbeit auf mehr Leute verteilt werden könnte, wäre es sicher einfacher. Wer Interesse hat bei Greenpeace mitzuarbeiten, darf sich gerne bei mir melden. Obwohl die Belastung neben dem Beruf manchmal sehr gross war, freue ich mich trotzdem auf eine neue Kampagne zum Schutze unserer Umwelt.

Martin: Ich konnte sehr wertvolle Kontakte knüpfen zu PolitikerInnen, zu Umweltorganisationen und mit der Abstimmung ist die Arbeit für uns noch lange nicht vorbei. Mich hat besonders gefreut, dass Ruth Wyss von der SGA mehrere Samstage investiert hat und auch Martin Stuber mit uns auf die Strasse gekommen ist. Denn viel zu wenig PolitikerInnen beziehen klar Stellung zum Genschutz. ■

Daniela Krucker, 24, Mettmenstetten, kaufmännische Angestellte, Präsidentin der Regionalgruppe Greenpeace Zug, Freude am Reisen und am Leben überhaupt

Martin B. Lehmann, 35, Unterägeri, Kaufmann, WWF-Vorstandsmitglied Zug, Hobbybiogärtner und Bonvivant

Gehört die Chämleten zu Cham?

Wahltaktisch zum richtigen Zeitpunkt äussert sich der Hünenberger CVP-Ständerat Dr. Peter Bieri über eine seit 1982 hängige Anfrage bei der PTT in Bern. Diese verlangt, dass das Hünenberger Gebiet Kemmatten/Dersbach dem Postkreis seiner Gemeinde angegliedert wird. Heute wird dort die Post von Cham aus verteilt, wodurch die Haushalte die Adresse Cham tragen.

Von Viktor Zoller, Kritisches Forum Cham

In der Zuger Presse vom Donnerstag, 26. März, erschien der Artikel 'Ständerat Bieri macht Druck auf Bern'. Dessen Inhalt stimmt nachdenklich. Denn die darin geschilderten Fakten betreffen vor allem organisatorische Probleme bei der PTT im Hünenberger Teil Kemmatten/Dersbach, in welchem auch die bekannte Chämleten-Siedlung liegt. Das Ansinnen von Ständerat Bieri ist von weitaus bedeutenderer Tragweite als die blosser Klärung von Detailfragen. Deshalb drängen sich schon aus geographischen Gründen grundsätzliche Überlegungen auf.

•Das Gebiet Kemmatten/ Dersbach liegt am Zugersee mit Blick gegen Osten auf Cham und den Zugerberg, während Hünenberg sich auf die westliche Seite, die Reusebene orientiert. Der bewaldete Hügelzug vom Knoden über das Langholz bis nach Dersbach und der markante Autobahneinschnitt trennen die Region in zwei Siedlungsräume.

•Bei Kemmatten ist die Grenze zu Cham nicht spürbar. Die Bebauung ist schon fast zusammengewachsen. Das Läuten der Chamer Kirchenglocken und der Pavatex-Geruch machen vor dieser imaginären Linie nicht Halt.

•Wesentlicher für die Bewohner: Die Verkehrserschliessung erfolgt über den SBB-Bahnhof Cham und die Hauptstrasse nach Rotkreuz. Die geplante Stadtbahn soll in Kemmatten eine Haltestelle erhalten.

•Ab der Kreuzung Zythus sind die Distanzen zum Gemeindehaus und die Oberstufenschule in Cham durchschnittlich 1.5 km kürzer als zu denselben Institutionen in Hünenberg. Die meisten Bewohner orientieren sich für das Kulturleben, diverse Einkaufsmöglichkeiten, die Post, die Bank und das Hallenschwimmbad nach Cham.



Postalische Um- und Abwege im Ennetsee
Bild Brigitte Weiss

•Die öffentliche Ver- und Entsorgung, die Polizei und die Feuerwehr wären von Cham aus noch effizienter und klarer zu organisieren. Heute wird die Quartiersammelstelle für Abfall und Wiederverwertung beim Zythus (Gemeinde Hünenberg) von etlichen Chamern mitbenutzt.

•Es ist bei einem Versuch, die Gemeindeversammlungen in Kemmatten abzuhalten, geblieben. Die abwechslungsweise Durchführung einmal in Hünenberg, einmal in Kemmatten scheint nicht erwünscht.

•Die Gründung einer Kommission zur besseren Integration des östlichen Gemeindeteiles bestätigen den Trend weg von Hünenberg. Offensichtlich sind Poststelle, Mittagstisch an der Schule und Gemeinschaftsräume von Bedarf und im Dorfzentrum zu weit entfernt.

Wollen wirklich alle die Adresse ändern ?

Ständerat Bieri behauptet, er handle auf Wunsch der Bevölkerung in Kemmatten/Dersbach. Dass mit seinem Lösungsvorschlag nicht alle einverstanden sind, scheint er nicht zu wissen oder zu ignorieren. Die CVP-Motion zur Schaffung eines einheitlichen Postkreises für die ganze Gemeinde, welche an einer Gemeindeversammlung von 1993 erheblich erklärt wurde, legitimiert den Gemeinderat heute nicht, bei der PTT Druck aufzusetzen. Die gesamte Gemeinde hat nicht über die betroffene Bevölkerung zu bestimmen. In den vergangenen fünf Jahren sind noch mehr Menschen nach Kemmatten gezogen, welche sich nicht mit Hünenberg identifizieren.

•Die PTT wird sich die jährlichen 35000 Franken Mehrkosten für die Postzustellung in Kemmatten ab Hünenberg leisten.

ADRESSÄNDERUNG

nenberg noch überlegen. Wie hoch ein Kostenbeitrag der Gemeinde sein wird, ist noch unbekannt.

- Aus ökologischer Sicht wären die zusätzlichen Wegkilometer der noch zu beschaffenden PTT-Fahrzeuge fragwürdig.

- Der Aufwand für Adressänderungen von Privaten und Firmen darf nicht unterschätzt werden.

- An das Kuriosum, in Cham zu wohnen und nach Hünenberg zu steuern, haben sich viele gewöhnt und wären für die Beibehaltung der heutigen Situation. Wie soll man künftig einem Ortsunkundigen den Weg an eine Hünenberger Adresse bei Cham erklären?

- Die fehlende Erhebung, ob die Bewohnerinnen und Bewohner im betroffenen Gebiet eine Umstellung wünschen, ist vor einem Entscheid der PTT durchzuführen und zu re-spektieren.

Gemeindewechsel als Konsequenz!

«Die Identität mit einem Gemeinwesen hängt auch von Äusserlichkeiten ab», wird Bieri in der Zuger Presse zitiert. Das ist richtig, aber zu Ende zu denken. Wenn die Hünenberger CVP auch den Begriff 'Visionen' in ihren Wahlkampfparolen führt, wäre sie beim Wort zu nehmen. Für das Einbringen eines neuen Vorschlages sollte sie soweit offen sein: Ein Gemeindewechsel für Kemmatten/Dersbach zu Cham ist zu prüfen und den betroffenen Einwohnern als Alternative anzubieten.

Dass die starren Grenzen in der 150-jährigen Schweiz wieder aufzubrechen beginnen, zeigt auch die Diskussion um den beabsichtigten Kantonswechsel der Gemeinde Meierskapel/LU zum Kanton Zug. ■



Andere Zuger Ansichten:

Postkarte Nummer 1: Am schönen Zugerfluss

Postkarte Nummer 2: Zuger Steuer-Männer

Postkarte Nummer 3: Zug vernebelt

Postkarte Nummer 4: An Zugersee gestaden

Postkarte Nummer 5: Zug by night

Postkarte Nummer 6: Baar von oben

Alle Postkarten so schön wie diese hier (oder noch schöner; farbig mit Perforation in der Mitte, damit das Bild einzeln verschickt werden kann. Auf der Rückseite mit Informationstext. Und erst noch gratis

Bitte schickt mir.....Postkartenserien

Name:

Adresse:

Ort:

Einsenden an: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug, Telefon 041 710 13 15
Fax 041 710 28 62 oder mailen: sga-zug@sga-zug

Zuger Wirtschaftskriminalität hausgemacht?

Der Verfasser hat sich dem Aufspüren krimineller Geschäfte auf dem Zuger Finanz- und Handelsplatz verschrieben und dies mit einem Engagement, das zuweilen auch Profis bei der Kapo oder in Zeitungsredaktionen beeindruckt. Die Bulletin-Redaktorin hat den anonym bleibenden Autor im Büro Gegenwind getroffen.

von Carlito del P. (Bearbeitung: Gisela Hürlimann)

Seit circa eineinhalb Jahren stelle ich verschiedene Nachforschungen über Fälle von Wirtschaftskriminalität auf dem Platz Zug an. Einige konnten bereits erfolgreich abgeschlossen und veröffentlicht werden, andere sind aufgrund ihrer Komplexität immer noch in Bearbeitung.

Die meisten Unregelmässigkeiten im Wirtschaftsbereich könnten eigentlich vermieden werden. Mit der Handelsregisterverordnung, dem neuen Aktienrecht und dem Geldwäschereigesetz wären die gesetzlichen Mittel vorhanden, um diesem Treiben ein Ende zu bereiten: Der Fall der gegenseitigen Revision der M. Hegglin Treuhand in Oberägeri (Zuger Presse 27. März 1998) zeigt jedoch, wie schwerfällig einige Stellen reagieren oder dass sie fachlich überfordert sind.

Persisch-russischer Diwan

Bei den Firmen Pan Transit AG und ITP AG, Zug, gestaltet sich die Sache heikler. Gegründet vom umstrittenen, in Mailand in Zusammenhang mit der Pleite der Banca Ambrosiana verurteilten und auch in Zug praktizierenden Rechtsanwalt P. Duft, sind die beiden Firmen Eigentum der persischen Teppichhändlerfamilie Khakshouri. Die Pan Transit AG gab an, im Transitwarenhandel tätig zu sein - gehandelt wurden aber nur Visa für russische «Geschäftsleute». Die Firma steht zudem im Verdacht, mittels fiktiven Handelsgeschäften illegale

Gelder aus dem osteuropäischen Raum in die Schweiz zu transferieren. Die ITP AG trat Organisatorin von Turnieren in Tschechien, Slowakei und Tschad auf. Laut einem Wirtschaftsermittler eignen sich Sportturniere hervorragend zum Waschen von Geldern zweifelsfrei.

Nicht umsonst gut unterrichtet, le aus Bern, wie die Khakshouri dem Umfeld Jelzin und Bere zugerechnet. In Kreisen zu benötigt man eine Reputation und eine Verbindung.

Mitte 1996 legten beide Firmen ihr Domizil zum bekannte Treuhänder von Flüe an die Griestrasse 17 in Zug schriftlich in ihr Protokoll «mit eigenen Büros» diese sind jedoch nicht vorhanden.

Seltsamer-



weise gab die von Flüe AG auch keine Domizilsannahme-Erklärung ab. Nachdem ich das Handelsregisteramt informiert hatte, welches nach anfänglichen Schwierigkeiten Nachforschungen anzustellen begann, passierte etwas Erstaunliches:

Kaum verspürten sie den «Atem des Gesetzes» im Nacken, wurden beide Firmen liquidiert - ein probates Mittel, um einer drohenden Buchhaltungsrevision auszuweichen und nicht auf unbequeme Fragen antworten zu müssen.

Schnelle Polizei, langsame Gerichte?

Die beiden obengenannten Fälle zeigen eindrücklich, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen ist. Mittlerweile verfügt der Kanton Zug über eine gut dotierte Wirtschaftsabteilung in Verhöramt und Kantonspolizei. Der Flaschenhals liegt nun bei den Gerichten, welche die erfolgreiche Ermittlungstätigkeit zunichte machen können, wenn sie zahlreiche Verfahren bis zur Verjährung verschleppen lassen. Ein Allerheilmittel gegen Wirtschaftskriminalität ist somit in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, denn die fortschreitende Vernetzung von Firmen via Internet trägt zu einer rasanten Veränderung der Wirtschaftskriminalität bei. ■

Initiative für vier autofreie Sonntage eingereicht!

Am 1. Mai 1998 wurde die Initiative für vier autofreie Sonntage eingereicht. Mit grossem Enthusiasmus und vielen spannenden Ideen haben die InitiantInnen dieser Idee die Unterschriften zusammengebracht. Doch bis zur Abstimmung muss nun der Bevölkerung gezeigt werden, weshalb sie die Initiative annehmen soll.

Von Rahel Häsler*

Am Tag der Arbeit war es soweit! Wir konnten die Sonntagsinitiative mit 114'500 Unterschriften endlich auf der Bundeskanzlei in Bern einreichen. Nach 444 Sammeltagen waren wir alle froh, die Unterschriften nun in «Sicherheit» zu wissen.

Mit einem Velo, das für dreizehn Personen Platz bot, und dem Berner Velokurier transportierten wir unsere Unterschriften in Kisten gepackt ins Bundeshaus. Trotz strömendem Regen verlief die ganze Zeremonie reibungslos und nach einer halben Stunde war der ganze Zauber schon vorüber - mindestens für die Medien. Natürlich darf unsere Initiative jetzt nicht in Vergessenheit geraten, im Gegenteil. Sie muss noch bekannter werden und wir versuchen nun, der Bevölkerung die Idee unserer Initiative schmackhaft zu machen. Dazu werden wir Feste auf gesperrten Strassen organisieren und hoffen, in jeder grösseren Schweizerstadt einmal einen autofreien Erlebnistag durchzuführen. Denn wir wollen an unseren autofreien Sonntagen die Strassen von den Blechlawinen befreien und sie dafür mit Menschenmassen füllen. Die Strassen sollten einmal pro Jahreszeit als Begegnungs- und Erlebnisort der Bevölkerung dienen.

25 Jahre nach den autofreien Tagen von 1973 und 20 Jahre nach der

*Rahel Häsler ist 18 Jahre alt und wohnt in Unterägeri. Sie ist im Initiativkomitee der Sonntagsinitiative. Nebenbei hat sie 2500 Unterschriften für die Initiative gesammelt.



Warum nicht viermal im Jahr ?

Bild Peter Frommenwiler

Burgdorf-Initiative werden die StimmbürgerInnen nun zum zweiten Mal Gelegenheit haben, über die Einführung von Sonntagen ohne Privatverkehr Stellung zu nehmen. Wir hoffen natürlich sehr, dass das Volk unser Anliegen im eigenen Interesse unterstützt. Sollte die Bevölkerung nach der Einführung der autofreien Sonntage nicht damit zufrieden sein, so bestünde immer noch die Möglichkeit, nach vier Jahren nochmals darüber abzustimmen. Aber ich bin überzeugt: wenn man einen solchen Sonntag einmal erlebt hat, so ist er nicht mehr wegzudenken. Unsere Initiative ist keinesfalls eine Utopie, denn wir legen Wert darauf, eine Initiative zu lancieren, die gute Chancen hat, angenommen zu werden.

Erfahrungen während der Unterschriftensammlung zeigten, dass die Idee bei den Bürgerinnen und Bürgern gut ankommt. Laut einer Um-

frage von 1997 sind 65% der Schweizer Stimmberechtigten sehr oder eher mit unserem Anliegen einverstanden. Oft wurden wir sogar gefragt, warum wir denn nur vier autofreie Sonntage wollten und nicht viel mehr. Nicht nur in den Städten, sondern vor allem auch auf dem Land stiessen wir auf grosse Akzeptanz.

In den Medien hingegen nimmt man unser Anliegen eher skeptisch auf, oder man lächelt darüber. Auch in der Politik spüren wir Ablehnung. So wurde z.B. die parlamentarische Initiative Franziska Teuschers (Grünes Bündnis) zur Einführung von regionalen autofreien Erlebnistagen vom Nationalrat abgelehnt. Ich hoffe sehr, dass Sie unser Anliegen unterstützen, indem Sie in spätestens fünf Jahren bei der Abstimmung Ihr «Ja» zu autofreien Erlebnistagen geben. Sie werden es nicht bereuen. ■

Lösungen statt Sprüche

Die SVP gibt sich besorgt über das Asylrecht, das durch Kriminelle gefährdet sein soll, ihre Biedermänner wollen es über das völkerrechtlich Mögliche hinaus verschärfen, und sie giessen Öl ins Feuer der Fremdenfeindlichkeit. Denn fast genüsslich zitieren sie Statistiken, bauschen Einzelfälle zur Regel auf und schüren so das, was sie angeblich bekämpfen wollen: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

von Hanspeter Uster

Die SGA hat in den letzten Jahren immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass Repression letztlich keine Lösung ist. Klar braucht es Sanktionen gegen die kleine Minderheit von straffälligen Ausländer/innen; viel wichtiger sind aber integrative Massnahmen. Dezentrale Asyl-Unterkünfte verhindern eine Ghetto-Bildung, Beschäftigung schafft den Asylsuchenden einen geregelten Tagesablauf und vor allem auch Kontakte mit Einheimischen, und Kontakte auf kultureller, kulinarischer und der ganz persönlichen Ebene machen aus dem abstrakten Begriff 'Ausländerin' oder 'Asylbewerber' einen Menschen wie Du und ich. Und nur so werden wir weiterhin friedlich zusammenleben können. Wer aber wie die SVP die Stimmung mit Übertreibungen bewusst anheizt, ist nicht legitimiert, sich als Hüter über das Asylrecht aufzuspielen.

Ausbildungsabschluss für junge Bosnier/innen

Anders als der Kanton Zürich können im Kanton Zug junge Bosnier/innen, die ihre Ausbildung in der Schweiz beenden wollen, selbstverständlich ihren Lehrabschluss, das Handelsdiplom oder die Matura hier machen. Das Rückkehrhilfeprogramm für Bosnien hat ja gerade zum Zweck, dass die Schweiz mit konkreten Massnahmen einen Beitrag zum schwierigen Wiederaufbau in Bosnien leistet. Und Ausbildung ist eine echte Investition in die Zukunft. Leider ist es aufgrund von

verbindlichen Weisungen des Bundes nicht möglich, dass auch die Familie der Betroffenen hier bleiben kann, wenn sie für ihren Unterhalt selber aufkommt oder dafür einen Sponsor findet. Aber immerhin: Die jungen Menschen können bleiben,



Noch wirtet in der Stadt Zug die Polizei..

Bild Brigitte Weiss

wenn sie diese Voraussetzungen erfüllen. Gefragt ist also jetzt Solidarität, und die ersten Rückmeldungen sind positiv.

Gastgewerbe: Liberale Praxis

In einem Leitentscheid hat der Regierungsrat anfangs Mai 1998 klar und deutlich festgehalten, dass die bisherige Praxis des Stadtrates, Beizenöffnungsbewilligungen eher restriktiv zu handhaben, nicht den Intentionen und dem Wortlaut des Gastgewerbegesetzes entspricht. Erfreulicherweise hat Stadtrat Hans Christen in seiner Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, dass die Stadt die liberale Interpretation des Gastgewerbegesetzes durch den Regierungsrat akzeptiert und künftig entsprechend anwenden wird. Nun wird also der liberale Geist durch alle Zuger Gemeinden wehen ■

Scheinheilig

Die Alternative Fraktion hat in einer Erklärung mit deutlichen Worten die Scheinheiligkeit der SVP in der Kriminalitätsfrage offenbart: Fraktionssprecher Jean-Paul Flachsmann wollte bei der Behandlung der Interpellation von Josef Lang zur Ost-Mafia von der Bedrohung durch die Wirtschaftskriminalität nichts wissen, um jetzt bei der Asylfrage um so kräftiger auf die Pauke zu hauen.

Deregulierung im Amtsblatt: neuerdings darf sich «für die schönste Sache im Leben völlig diskret und ganz privat in Zug Stefanie dem gepflegten Herrn» empfehlen, und auch der «diskrete Callboy (30) empfiehlt sich für die moderne Frau».

Da will die CVP nicht nachstehen und kreierte ganz in diesem Sinne einen neuen Wahlslogan: «Mittendrin»

Mittendrin und dann daneben: Das wäre das Motto der nicht mehr kandidierenden Hünenberger CVP-Gemeinderätin Alma Leuenberger. Ihr allzu gutes Verhältnis zum Schulsekretär war den strammen Katholiken im Ennetsee dann doch zuviel. Sanft abgefedert wurde der Fall von ihrem Parteikollegen und Erziehungs(!)direktor Walter Suter, der mit einer Stelle auf seinem Erziehungsamt zur Stelle war.

Doch auch der CVP-Filz geht mit der Zeit: während der Sekundarlehrer und CVP-Treue Robert Hitz nämlich noch auf dem Berufungsweg mit viel Vitamin B zum Zuger Schulentwickler avancierte, wurde die besagte Stelle für Alma Leuenberger wenigstens ausgeschrieben.

Seinen Groll aufs Zuger Politestablishment ausgeschrieben hat kürzlich wieder mal unser Freund Bollmann - via Leserbrief. Seit ihn die stadtzuger FDP in den 70er Jahren wegen seiner zu kleptomane Tendenzen neigenden Frau aufs politische Abstellgleis geschoben hat, irrlüchert der Arme immer mal wieder durch die Zuger Politlandschaft. Diesmal traf es den Ex-Landschreiber Windlin und dessen alter ego Delwing. Die werden sich für die Gratiswerbung für ihr neues Anwaltsbüro bedankt haben.

Seit einem Jahr annonciert sich die Schweizer FDP als Reformpartei - bis nach Zug gedrunken ist diese Botschaft noch kaum. Beim politischen Personal der Zuger FDP ist wenig Reformeifer auszumachen. Wie stark der staatsfeindliche und stramm neoliberale Flügel in der FDP ist, werden wir nach der Nomination für den Ständerat wissen. Die zu höheren politischen Weihen drängende Gewerbeblatt-Redaktorin Andrea Hodel spienzelt nämlich angesichts der verstopften Route Stadtrat auf den Ständerat. Wie schrieb doch CASH neulich: «Neue Köpfe braucht die FDP. Will die Partei mit profilierten PolitikerInnen auch die jüngere Generation vermehrt ansprechen, müssen jüngere und mediengewandte Sympathieträger her. Solche sind derzeit nicht in Sicht.» Wohl wahr.

Immerhin haben die Frauen in der Stadtzuger FDP etwas gelernt: sich verheizen lassen ist nicht lustig und deshalb kandidiert neben den zwei ungefährdeten Bisherigen bei den Freisinnigen keine Frau für den Stadtrat.

Die einen wollen nicht, die anderen dürfen nicht: den christlichsozialen Andreas Bossard wollten die Rechten in der CVP nicht und haben ihn - mit lockerer Mehrheit - in der nach rechts driftenden Katholikenparty nicht nominiert. Ob die Christlichsozialen trotzdem für den zweiten CVP-Sitz weibeln werden?

Fleissig weibeln tut schon die SVP mit ihrer aus Zürich importierten Vorwahlkampagne. Besonders angetan hat es den Mannen um Hauptsponsor Hans Durrer der Zürcher SVP-Slogan von den «Linken, Netten und Phantasten». Damit können wir gut leben: Links und nett sind wir schliesslich gerne

und Phantast kommt von Phantasie!

Gerade das bräuchte eigentlich auch die schweizerische Voukspartey. Bis jetzt existieren ihre FrauenkandidatInnen nämlich nur in ihrer Phantasie.

Nachdem sich das eSPe-Blatt vor einiger Zeit gefragt hatte, ob es die SGA im Jahre 1998 noch gibt, hat es vorerst mal präventiv selber den Laden dicht gemacht und sein Erscheinen just auf Ende 1997 eingestellt...

So ganz ohne Blättchen wollte die Partei dann aber doch nicht sein und erteilte Chefredaktor R.Ae. aus Hü. die Genehmigung, weiterhin sein publizistisches Wesen zu treiben - wenn auch in arg abgespeckter Form.

Abgespeckt aber nur in Sachen Umfang, denn bezüglich Biederkeit und Layout Marke Setzkasten gab's beim eSPe-Blatt eh nicht viel zu unterbieten.

«Einheit von Form und Inhalt» bemerkte dazu trocken ein Redaktionsmitglied und warf damit gleich auch noch die Frage nach der Symbolhaftigkeit der Umfangsreduktion von 24 auf 4 Seiten auf.

Sinn für Symbolhaftigkeit hat auch die Stadtzuger SGA bewiesen, welche die Schweizer SP-Präsidentin Ursula Koch nach Zug an ihre GV eingeladen hat. Dem brillanten Referat über Stadtentwicklung lauschten hochkonzentriert rund zwei Dutzend Rotgrünviolette und genau 0 SP-GenossInnen.

Meinte ein Besucher nach dem Abend wehmütig: «Ach, wir holen Ursula Koch im Austausch für Sebi Spescha als Bauchefin nach Zug und zahlen dafür 10 Jahre den Steuerüberschuss nach Zürich.»

veranstaltungen

Juni

Di 16. & Mi 17. Asylbrücke Zug präsentiert: „Clandestins“
Kino Gotthard, Zug, 18.00h.

Do 18. **Alternative des Kantons Zug: Was kommt nach der Neutralität?**
Streitgespräch zwischen Arthur Liener (alt Generalstabschef) und Roland Brunner (GSoA). Jugendherberge Zug, 20.00h.

Sa 20. **Int. Frauenkontaktgruppe & Asylbrücke Zug: Interkulturelle Küche.**
Gemeinsames Kochen & Essen, Schulhaus Neustadt 2, Zug
10.00-13.00h. Anm. Marianne Bollier, Tel. 041/780 27 94

Do 25. **LesBiSchwul in Zug: schwul-lesbischer Treff**
Rest. Taube, Zug, ab 19.00 h

Mi 1. **amnesty international Gruppe Zug: Monatsversammlung.**
Stadt- und Kantonsbibliothek, 3. Stock, 20.00h.

Do 13. **Eröffnung der WunderBar, mit "specials guests"**
ZALT-Cafeteria (im Jünglingsheim, vis-à-vis EPA), 18.30-23.30 h

Do 20. **WunderBar, mit "special guests"**
ZALT-Cafeteria, 18.30-23.30 h

Mo 24. **Alternative des Kt Zug: Wir brauchen Innovation für das 21. Jh.!**
Diskussion mit Cécile Bühlmann, Stephan Baer und Thomas Hürlimann. Casino Zug, 19.30h.

Do 27 **WunderBar**
ZALT-Cafeteria, 18.30-23.30 h

bis 13.9. **«Georg Joseph Sidler: Der gefährlichste Mensch für Religion und Vaterland»**
Ausstellung, Museum in der Burg Zug.

August Juli

AZB 6304 Zug
Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

Flüchtlingstag 98 Ein Gedicht als Einladung, hinzugehen

von Naum Melo*

Namenlos

Als er fortging,
Vergass er seinen Namen;
Als er ankam,
Verlor er seine Würde,
Und als er starb,
Bekam er kein Grab;
Denn er war ein Fremder.

Später erzählte die Geschichte:
Ja, so einen hat es gegeben;
Er hatte einen Traum,
Eine Sehnsucht
Und einen Hunger,
Aber keine Würde;
Denn er war tatsächlich ein Fremder.

*Naum Melo ist Angehöriger des Volkes der Assyrer-Suryoye und wurde im türkischen Teil Mesopotamiens geboren. Er lebt heute als Dichter und politischer Aktivist in Österreich. Das Gedicht stammt aus dem gleichnamigen Band, der in der Wiener „Edition Va bene“ 1997 veröffentlicht wurde.



Fit für den Wahlkampf: Die SGA läuft! (Puls am Ziel: 193!)

Bilder Christof Borner-Keller

Flüchtlingstag, Sonntag 21. Juni 1998

In und rund um die reformierte Kirche Zug.

OK Flüchtlingstag: Asylbrücke Zug, Claro-Wellläden, Schw. Flüchtlingshilfe, Amnesty International Gruppe Zug, Caritas Goldau, kath. und ref. Kirchgemeinden.

10.30 «Menschenwürde ist nicht teilbar» - ökumenischer Gottesdienst
Kinderprogramm von Amnesty International im Spielzelt.

ab 11.45 Kulinarische Spezialitäten aus aller Welt, Infostände, Kinder ecke etc...

13.00 Anita Stadler, SGA Gemeinderätin, Worte zur Menschenwürde.

13.30 Luis Orlando Silva, Pantomime aus Kolumbien

14.30 Folklore aus Kroatien

15.30 Bobby Helms, Phillip Helfer & friends, Funk Rock aus Genf.

18.00 the end